

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

20.10.1930 (No. 244)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Krenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einj. 24 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der ab Kostenabzug gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, anwaltlicher Vertretung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Gefälligkeit für den Abdruck von Anzeigen, die in den unjüdischen Blättern, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amerika und die alliierten Schulden Moratoriumsgerichte

W.B. London, 20. Okt. (Tel.) Die „Times“ unter allem Vorbehalt und unter Hinweis darauf, daß eine Bestätigung nicht zu erreichen sei, aus Washington meldet, soll nach dort umlaufenden Gerüchten von gewissen Kreisen, zu denen in erster Linie der Sekretär des Schatzamtes, Mellon, der Untersekretär Ogden Mills und der Leiter der Federal Reserve Bank von New York, George Harrison, gehören, der Plan eines Moratoriums für die Schuldenzahlungen der früheren Alliierten an die Vereinigten Staaten erörtert werden.

Diesem Plan, so berichtet der Korrespondent, würde natürlich nur eine bedingte Bedeutung zukommen und mehr der Frage gelten, ob ein solcher Entwurf überhaupt später einmal den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden könne, als daß die in ihm vorgesehenen Bedingungen im Augenblick schon Anwendung finden könnten. Aber die kaum mehr als theoretische Bereitschaft der amerikanischen Regierung, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, müßte allein schon alle diejenigen ermutigen, die von der Notwendigkeit einer entschlossenen Aktion seitens der Vereinigten Staaten in einer nicht allzu fernem Zukunft überzeugt sind.

Weiter meldet die „Times“, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht am Samstag eine halbstündige Unterredung mit Staatssekretär Stimson gehabt habe und heute den Präsidenten Hoover und den Schatzsekretär Mellon sprechen werde. Über den Inhalt der Unterredung mit Stimson sei nichts näheres bekannt, aber Dr. Schacht habe bei Verlassen des Büros des Staatssekretärs Pressevertretern gegenüber sich dahin geäußert, daß nach seiner Überzeugung Deutschland früher oder später gezwungen sein werde, ein Moratorium für seine Reparationszahlungen zu beantragen. Auf die Rückwirkungen eines solchen Schrittes in internationaler Beziehung sei Dr. Schacht nicht näher eingegangen, er habe jedoch auf die wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die Deutschland durch den Versailles Vertrag widerfahren sei, und die Notwendigkeit einer Revision desselben hingewiesen.

Der „Times“-Korrespondent bemerkt dazu, es wäre überaus interessant, wenn Dr. Schacht in seiner heutigen Unterredung mit dem Präsidenten und anderen Führern der amerikanischen Regierung nicht auf dasselbe Thema noch näher einginge. Der Besuch Schachts sei aber nicht erst notwendig gewesen, um die finanziellen Nachhaber der Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, daß die Ereignisse einer Krise zuzurechnen, und zwar einer Krise, die größere Hilfsmittel erfordern würde, als nur das Notmittel eines Moratoriums.

Der Goldabfluß aus Europa nach den Vereinigten Staaten und Frankreich und die damit verbundene Immobilisierung der Goldvorräte bereite New York große Sorge. Die führenden Bankiers machten aus ihren Befürchtungen keinen Hehl, daß der gegenwärtige Stand der Dinge eine allzu große Belastung für das internationale System der Goldwährung bedeute. Die Entwicklung der amerikanischen Politik, so schließt der New-Yorker Korrespondent seine Betrachtung, werde jedoch nicht von den Finanzleuten allein, sondern hauptsächlich durch die Politiker bestimmt.

1,42 Millionen Kraftfahrzeuge in Deutschland

Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Deutschland Reich betrug nach der offiziellen Statistik für den 1. Juli 1930 1 419 870 Stück und erfuhr demnach gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 205 811 um 16,6 Proz. Ein Vergleich mit der Bestandszunahme 1929/30 in Höhe von 280 747 Fahrzeugen zeigt also einen Rückgang im Tempo der Motorisierung.

Am stärksten war die Zunahme bei den Kraftwagen (20 Proz. etwa durchschnittlich), bei den Personenkraftwagen (16 Proz.), am schwächsten bei den Lastkraftwagen (9 Proz.). Besonders kennzeichnend für die Veränderung des Kraftfahrzeugbestandes im letzten Jahre ist das starke Anwachsen der Kleinstkraftwagen um rund 87 000 oder 39 Proz. Insgesamt gab es in Deutschland am Stichtage 731 273 Kraftwagen (davon 300 052 Kleinstkraftwagen), 488 838 Personenkraftwagen, 12 416 Kraftomnibusse und 157 482 Lastkraftwagen.

Auf die 49 deutschen Großstädte entfielen 33 Proz. des Gesamtbestandes an Kraftfahrzeugen. Nicht man die Zahl der Kraftwagen der Großstädte nach ihrer Bevölkerung, so stehen wie im Vorjahre an der Spitze: München, Stuttgart, Chemnitz, Dresden, Frankfurt a. M., Nürnberg und Karlsruhe. Mit an die Spitze gerückt ist in diesem Jahre Braunschweig, Berlin steht erst an 19. Stelle. Der Anteil der ausländischen Marken ist bei den Kraftwagen weiter gesunken, bei den Personen- und Lastkraftwagen weiter gestiegen.

Interessant ist ein Vergleich der Motorisierung Deutschlands mit der anderer Länder. An der Spitze stehen hier die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo bereits auf je 5 Einwohner ein Auto kommt. Die zweite und dritte Stelle nehmen Kanada und Neuseeland mit je einem Kraftfahrzeug auf 8 Einwohner ein. Es folgen Australien, Argentinien, Großbritannien, Frankreich und Dänemark, Deutschland folgt erst an 16. Stelle mit einem Kraftfahrzeug auf je 97 Einwohner.

Der Vorschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für 1931 sieht an Gesamteinnahmen 395,5 Millionen Schweizerfranken und an Gesamtausgaben 403,2 Millionen Schweizerfranken vor, so daß sich ein Fehlbetrag von 7,7 Millionen Schweizerfranken ergibt. Der Vorschlag für 1930 sah einen Einnahmeüberschuß von 0,11 Millionen Schweizerfranken vor.

Verhaftung eines französischen Fliegers in Rußland. In Rußland wurde der französische Langstreckenflieger Rougier verhaftet, da er ohne Genehmigung der Sowjetbehörden sowjetisches Gebiet überflog.

Letzte Nachrichten

Die Vertagung des Reichstags

Eine Willenskundgebung des Parlaments

M. Berlin, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Die Eugenbergspreß schreibt heute, daß der Reichstag auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung im November einberufen werden müßte und kündigt entsprechende Anträge an. Nach Auffassung an zuständiger Stelle ist ein solches Verfahren unzulässig, denn die Bestimmung des Artikels 24 der Reichsverfassung, daß der Reichstag am ersten Mittwoch des November zusammentreten müßte, ist dadurch überholt, daß der Reichstag schon vorher, nämlich in diesem Oktober, zusammengetreten ist und getagt hat. Der Beschluß, erst am 3. Dezember wieder zusammenzutreten, ist eine Willenskundgebung des Parlaments gewesen, die durch keine andere Maßnahme aufgehoben werden kann, außer wenn durch ganz besondere Ereignisse die Reichsregierung den Wunsch äußert, das Parlament wieder zusammen zu sehen.

Finanzkonferenz in Stuttgart

Sanierungsprogramm und Finanzausgleich

M. Berlin, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler reist morgen nach Stuttgart, wo er gemeinsam mit Reichsfinanzminister Dr. Dietrich-Baden Besprechungen mit den Finanzministern von Baden, Württemberg und Hessen hat. Es handelt sich dabei um das Sanierungsprogramm und den Finanzausgleich, der darin vorgesehen ist. Inzwischen wird bekannt, daß der bayerische Ministerpräsident, Dr. Held, offenbar in gleicher Absicht heute nach Berlin gekommen ist.

Beginn des ostpreussischen Landvolkprozesses

W.B. Königsberg, 20. Okt. (Tel.) Am Montagvormittag begann vor dem erweiterten Schöffengericht in Königsberg die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Friedrich Döpner aus Sameluden und Genossen. Im ganzen wird gegen 8 Angeklagte wegen Landfriedensbruchs bzw. Aufzuges verhandelt. Die Verhandlung, zu der bisher 75 Zeugen geladen sind, wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Dem Verfahren liegen mehrere Vorgänge vom Frühjahr 1930 als die Bauernbewegung in Ostpreußen zugrunde, die durch gewaltsame Beschlagnahmen des Gerichts ereigneten, kam es in Pilsallen und später auch in Labiau zu tätlichen Angriffen gegen Polizei und Gericht.

Hervé zur Antwort des „Croi de Feu“

W.B. Paris, 20. Okt. (Tel.) Gustave Hervé erklärt zu der ablehnenden Haltung der französischen Frontkämpfervereine „Croi de Feu“ auf seine bekannten Vorschläge, er sei mehr denn je von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Ausöhnung überzeugt, deshalb richte er jetzt selbst an den Stahlhelm die Frage, was er auf der Grundlage der erlebigen Vorschläge von einer aufrichtigen deutsch-französischen Ausöhnung denke.

Der Bürgerkrieg in Brasilien

W.B. New York, 20. Okt. (Tel.) Associated Press meldet aus Porto Alegre, daß der Aufständischenführer Oberst Campos Kamalar die Hauptstadt des Staates Espirito Santo, Victoria, besetzt habe. Espirito Santo ist dadurch so weit in den Händen der Aufständischen bei Cambuquira im Staate Minas Gerais vernichtet geschlagen haben. Die Verluste der Aufständischen sollen sehr groß sein.

Die Gemeindevahlen im Elsaß

Am Sonntag fand in Straßburg die Stichwahl für vier Sitze zum Straßburger Gemeinderat statt. Im Kanton Nord wurde der Kandidat der antiautonoministischen Einheitsfront, Rechtsanwalt Menrath, mit 6000 Stimmen gewählt. Im Kanton West waren zwei Sitze zu besetzen. Gewählt wurden Generalrat Reiffacher (Autonomist) und Engel (Disidentenkomunist), während im Kanton Ost der Autonomist Schall den Sieg davontrug. Bei der Stichwahl zum Colmarer Gemeinderat zur Befehung von zwei Sitzen wurden die Antiautonoministen Dr. Spittler und Lehmann gewählt, während der Autonomist Hoffe geschlagen wurde.

Der Reichspräsident empfing heute den deutschen Votschafter in Paris, Dr. von Hoersch.

Die Berliner Ausschreitungen am 13. Oktober waren nach den polizeilichen Ermittlungen sorgfältig vorbereitet. Es haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß es sich um eine wohlorganisierte, unter bestimmter Führung stehende Aktion handelt. Für die Ermittlung weiterer Täter und ihrer Hintermänner hat der Berliner Polizeipräsident eine Belohnung von 5000 RM ausgesetzt.

* Der Sieg des Kabinetts

Wenn man die Preisfrage hätte stellen wollen, was die Nationalsozialisten zu tun hätten, um die Position des Kabinetts Brining zu festigen und seinen Sieg im Parlament zu sichern, dann hätte die beste theoretische Antwortung dieser Preisfrage kaum anders ausfallen können als die Handlungen, die von den Nationalsozialisten und ihren Nachbarn, den Deutschnationalen, faktisch begangen worden sind. Man lese nur einmal, wie rechtsgerichtete Organe, die den Nationalsozialisten bisher sehr freundlich gegenüberstanden, das Verhalten dieser Partei beurteilen.

Da ist zum Beispiel die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der zur Opposition abgeschwenkten Landvolkpartei. Dieses Blatt schreibt neuerdings unter der Überschrift „Politik der Strafe“ folgendes:

„Die Arbeiterschaft ist im Berliner Metallarbeiterkonflikt vorzeitig zu einer Entscheidung gezwungen worden, die für sie zum mindesten einen erheblichen Verdienstausschlag bedeutet; und erklären läßt sich eben das Verhalten der Gewerkschaften nur durch den Wunsch, in diesen entscheidungsschweren Tagen über die Strafe einen Druck auf die Regierung auszuüben. Um so erstaunlicher und grotesker ist das Verhalten der Berliner Nationalsozialisten, die, hinter den freien Gewerkschaften und den Kommunisten belauschend, sich deren Streitparolen reißlos zu eigen machen, ja, sie noch besonders kräftig unterstützen. Ein wirklich recht peinlicher Anblick für diejenigen, die, auch unter kritischen Vorbehalten gegen manche Einzelheiten des nationalsozialistischen Programms, doch zum mindesten ein Einrücken der Partei in die antimarkistische Front erwartet hatten und statt dessen nun hier in Berlin reine Demagogie erleben. Dasselbe Gefühl erbitterter Enttäuschung, die Erkenntnis nämlich, daß die Nationalsozialisten mit Rücksicht auf die Strafe nur allzu leicht den Boden der Demagogie und der nächsterne Vernunft unter den Füßen wegstoßen, erlebt man bei der Durchsicht gewisser ihrer Jungfernurteile im Reichstag.“ — Diese Anträge werden dann von dem Blatt kritisch zerpfückt.

Jedenfalls hat das Auftreten der Nationalsozialisten und im Zusammenhang damit die Extratour der Deutschnationalen bei der Reichstagspräsidentenwahl genügt, um die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Sozialen wieder fest an die Seite des Kabinetts zu treiben. Und da die Sozialdemokraten offenbar geschlossen für die Regierung eintraten, ergab sich bei dem entscheidenden Antrag auf Übergang zur Tagesordnung für die Regierung eine Mehrheit von 82 Stimmen. 318 Abgeordnete stimmten für den Antrag der Regierungsparteien, 236 dagegen. Dagegen gestimmt haben die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Landvolkpartei und die Kommunisten.

Ferner wurden am Samstag beschlossen: die Überweisung der bisher erlassenen Notverordnungen an den Ausschuß, die Überweisung der Anträge auf Aufhebung oder Revision des Youngplans an den auswärtigen Ausschuß, die Annahme des Schulden Tilgungsgesetzes (Überbrückungskredit), die Annahme der Amnestievorlage, die Annahme des Zusatzabkommens mit Finnland und die Vertagung des Reichstags bis zum 3. Dezember. Mit Ausnahme der Amnestievorlage, die mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, und des Abkommens mit Finnland, gegen das nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten stimmten, entsprach die Mehrheit bei allen Abstimmungen beinahe genau der Mehrheit bei der Abstimmung über den eigentlich entscheidenden Antrag.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese Abstimmungsergebnisse einen Sieg des Kabinetts bedeuten. Und so werden sie auch im Inland und im Ausland, wie die Pressestimmen aus Paris und London zeigen, bewertet. Die zielbewußte Politik des Reichskanzlers und seiner Kabinettsmitglieder hat zu einem bemerkenswerten Erfolg geführt.

Was wird nun geschehen? Zunächst beginnen jetzt die sachlichen Arbeiten. Das Kabinett wird die zahlreichen Gesetzentwürfe des neuen Sanierungsprogramms verabschieden und dem Reichsrat und den Reichstagsausschüssen so rechtzeitig zuleiten, daß anfangs Dezember das Parlament seine Beschlüsse fassen kann. Was die Reform der Arbeitslosenversicherung anlangt, die ja den bedeutungsvollsten Punkt des Kapitels „Sparmaßnahmen“ bildet, so hat die Deutsche Volkspartei einen Antrag eingebracht, die Beschränkung der Unterstützung auf die wirklich Erwerbslosen durchzuführen will.

Fraglich ist es, ob man sich in den Ausschüssen auf die Entwürfe der Reichsregierung einigen wird. Gegen geringfügige Änderungen oder notorische Verbesserungen hat das Kabinett ja bekanntlich nichts einzuwenden. Aber,

eine Verwässerung seiner Vorlagen wird es sich nicht gefallen lassen.

Schon das Abstimmungsergebnis vom 18. Oktober ist auf der Grundlage einer Parteilaktik zustande gekommen, die recht außergewöhnlich ist. Was nun das Sanierungsprogramm betrifft, so ist bekannt, daß die Reichsregierung unter gar keinen Umständen daran rütteln lassen wird und rütteln lassen kann. Dieses Sanierungsprogramm sichert dem Kabinett eine starke moralische Position und das wieder kräftig aufkeimende Vertrauen des Auslandes. Dieses Programm ist aber mit der Politik der Sozialdemokratie und deren Absichten in den allermeisten Punkten vereinbar. Und doch kann es nur verabschiedet werden, wenn die Sozialdemokratie die gleiche Selbstentfaltung aufbringt wie am 18. Oktober und, um Schlimmeres zu verhüten, für das Programm stimmt. Die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie eine derartig entfangungsvolle, aber auch gleichzeitig staatspolitisch weise Haltung einnehmen wird, ist nicht ganz unbegründet.

Einstweilen ist die Situation so, daß die Reichsregierung sich auf das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die 14 Demokraten und die Christlich-Sozialen stützen kann. Und auch die Landvolkpartei wird es sich überlegen, ob sie ein Sanierungsprogramm zu Fall bringen soll, das in erster Linie der Sanierung der Landwirtschaft dient. Die Absichten des Kabinetts sind also nicht ungünstig. Wenn jetzt in einem Berliner Blatt davon gesprochen wird, man werde versuchen, unter Berufung auf Artikel 24 der Reichsverfassung den früheren Wiederauftritt des Parlaments, am ersten Mittwoch des November, zu erzwingen, so ist darauf hinzuweisen, daß sinngemäß der Artikel 24 den Wiederauftritt des Parlaments am ersten Mittwoch des November nur deswegen zur Pflicht macht, damit überhaupt das Recht des Parlaments zur Tagung gewahrt wird. Nun ist aber das Parlament ja bereits zusammengetreten, und es hat selbst seine eigene Vertagung bis zum 3. Dezember beschlossen. Von der Seite dieses Artikels her ist also wohl keine ernste Schwierigkeit zu erwarten.

Beharrt das Kabinett bei seiner ruhigen und zielbewußten Politik, so ist anzunehmen, daß alle Schwierigkeiten, die der Erledigung des großen Sanierungsprogramms entgegenstehen, bis Ende des Jahres gemeistert werden. Die Parteien werden sich dem Eindruck dieser wohlüberlegten Stetigkeit nicht entziehen können. Bisher war es ja eigentlich nur eine Partei, die dem Kabinett ohne Schwanken Gefolgschaft geleistet hat, und das ist die Zentrumspartei. Alle anderen Parteien haben mehr oder weniger „gewackelt“. Erfreulicherweise haben die für die Unterstützung der Regierung überhaupt in Betracht kommenden Parteien dann noch rechtzeitig den richtigen Anschluß gefunden. Und daß es dabei bleibt, dafür werden außer den politischen Rücksichten selbst höchstwahrscheinlich auch die Oppositionsparteien selber sorgen.

Der Reichsvorstand der Volksnationalen Reichsvereinigung fasste auf einer in Berlin abgehaltenen Sitzung eine Entschließung, in der es heißt, die Staatspartei habe in der letzten Zeit eine Entwicklung genommen, die die Erhaltung der Ziele der Volksnationalen unmöglich gemacht habe. Der Reichsvorstand billigte deshalb die Gründe zum Austritt. Die Leitung der Staatspartei hat an die sechs volknationalen Abgeordneten ein Schreiben gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, ihre Mandate niederzulegen.

Die Deutsche Volkspartei hat am Samstag den Abgeordneten Dingeldey zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und den Abgeordneten Hugo zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Während der Ertrantung des Vorsitzenden Dr. Scholz bleibt die politische Leitung in den Händen des Abgeordneten Dauch.

Badisches Landestheater

Der Ring des Nibelungen — Götterdämmerung

Nochmals ward der Hebel der Theatermaschine auf volle Kraft gedreht: auch diese „Götterdämmerung“ hat ihre Hörer zum Teil sehr beglückt entlassen. Man kann also von dem damit zu Ende geschiedenen Ring im ganzen resümieren, was hier schon nach den ersten Abenden betont worden ist. Er hat einen recht günstigen Eindruck gemacht, weil überall ein deutlicher Wille sichtbar wurde, wenigstens die größten Schäden der leistungsfähigen Reinszenierung und damit viel Agitationsstoff gegen die wohlgemeinte Aufbaubarbeit unseres Landestheaters überhaupt zu beseitigen.

Natürlich kann das jetzt Erreichte weder als nächstes noch als fernstes Ziel einer ideal zu fordernden „Götterdämmerung“-Erneuerung gelten. Dafür lassen sich denn doch bei diesem Schlußstück in des Nibelungen Reif gerade die Vorschriften des Dramas nicht so zwangsmäßig und gleichwohl ohne weiteres zwanglos auf die Darstellung übertragen. Dem widerspricht ja schon seine äußere Formlosigkeit trotz allem scheinbar so festgelegten, und kein noch so genialer Inszenierungsplan wird je verhindern, daß die Tragödie — bei allem schuldigen Respekt muß man auch das immer wieder sagen — auf die Dauer ein bißchen lang wirkt. Aber man kann wenigstens behaupten, daß jetzt eine Atmosphäre entstanden ist, in der die Probleme eine ganz andere Färbung annehmen; und selbst wo die moderne Bühnentechnik, die sonst vor keiner Schwierigkeit zu verzagen braucht, vielfach noch nicht ausreicht und besonders bei dem herrlichen Schlußaffekt des Werkes in einige Verwirrung gerät, ist es doch nicht mehr so, daß der rote Brandhimmel, der droben auf der Bühne dampft, uns unten vollkommen kalt ließe.

Vielleicht war dies mit die merkwürdigste Erfahrung der gesamten Ringaufführung: Unmittelbare Beziehung ist wieder einer historischen gewichen und sogar für unvereinbar, der mit diesen Werken aufwuchs, der sie fast auswendig konnte, ist der Widerstand, den er vor einem Jahrzehnt noch empfand, gewichen. Nur ein oder zwei Szenen und man stand im Banne der Tragödie, die jahrelange Zone des letzten

Mehrheit für die Reichsregierung

Übergang über die Mißtrauensanträge zur Tagesordnung mit 318 gegen 236 Stimmen

Die große politische Aussprache ist im Reichstag am Samstag beendet worden. Zur schroffen Opposition gehören die Nationalsozialisten, die Kommunisten und die Deutschnationalen. Die Landvolkpartei beginnt mit größter Schärfe die Regierungspolitik, vor allem die Außenpolitik, zu kritisieren, spricht aber dem Reichszugler und dem Ernährungsminister Schiele ihr Vertrauen aus. Etwa das Gegenteil in den Sympathien und Antipathien bildet die Sozialdemokratie, die der Regierung noch Bewegungsfreiheit geben will, die Außenpolitik der Regierung unterstützt, aber gegen den Ernährungsminister Schiele Mißtrauen hegt. Die Wirtschaftspartei erklärt, daß sie die Neubildung und Umbildung der Regierung verlangt. Im übrigen betonen die Parteien, daß man sich die Stellungnahme zu den Einzelheiten des Regierungsprogramms und der Notverordnung vorbehalte.

Die Aussprache trat zeitweise außerordentlich stürmischen Charakter. Besonders laut wurde der Streit, als der Sozialdemokrat, der bayerische Staatsanwalt Hoegner, heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtete, die von diesen durch ebenso heftige Zwischenrufe erwidert wurden. Der Streit nahm so scharfe Formen an, daß Vizepräsident Ester gegen den nationalsozialistischen Abg. Feines die Ausweisung aus dem Saale verfügen mußte.

Ein konservativer Veteran aus dem alten Reichstag, der deutschnationale Abg. von Döberitz-Januschewski nahm in der Debatte das Wort und griff unter dem stürmischen Beifall seiner Parteileute und der Nationalsozialisten die Reichsregierung und den Reichswehrminister Groener scharf an. Er erklärte dabei, er könne nicht glauben, daß der Reichspräsident von Hindenburg mit diesem Vorgehen des Reichswehrministers einverstanden gewesen sei. — Darauf antwortete Reichszugler Dr. Brüning in scharf zugespißten Ausführungen, die bei der Reichstagsmehrheit stürmischen und langanhaltenden Beifall hervorriefen. Er versicherte, daß der Reichspräsident vollkommen mit dem Reichswehrminister einig sei. In diesem Zusammenhang wandte sich der Reichszugler gegen eine Äußerung des deutschnationalen Abg. Schmidt-Hannover, die er als eine Verhöhnung des Fahnenweides bezeichnete.

Die namentliche Schlußabstimmung über das Schuldentilgungsgesetz, jene Abstimmung, die als die eigentliche Vertrauensfrage für die Regierung bezeichnet wurde, ergibt eine beachtliche Mehrheit für das Kabinett Brüning. Mit 323 gegen 237 Stimmen wurde die Vorlage angenommen. Dagegen hatten die Nationalsozialisten, die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Landvolkpartei gestimmt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde in der Schlußabstimmung auch das deutsch-finnische Zusatzabkommen angenommen, das die Bestimmungen über Butter und Käse ändert.

Mit 339 gegen 220 Stimmen wurde dann beschlossen, die Notverordnung und die dazu gestellten Anträge an den Ausschuss zu überweisen. Die Stimmverteilung war wieder die gleiche wie beim Schuldentilgungsgesetz. — Während dieser Abstimmung erfolgten zahlreiche Kärsenzen zwischen den beiden Flügelparteien. Zuerst rief ein nationalsozialistischer Sprecher: „Wer hat uns verraten? — Die Sozialdemokraten“, während die Kommunisten eine Strophe aus der Internationale anstimmten. Inzwischen hatte Präsident Lobe die Teilnehmer an der Räumung ausgesprochen. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten wurde der sozialistisch-kommunistische Antrag, den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären, angenommen, wofür auch die Nationalsozialisten stimmten.

Einstimmig angenommen wurde der Vorschlag des Ältestenrates, die Diäten der Reichstagsabgeordneten ab 1. November vorläufig um 20 Proz. zu kürzen. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, die Regierung wolle ein Reichsrentnerverordnungs-gesetz vorlegen. In die Ausschüsse überwiesen wurden Anträge wegen einer Diktirle und wegen eines Vorkredittgesetzes sowie nationalsozialistische und kommunistische Anträge, die sich gegen die Gehaltsföhrung der Reichsangehörigen wenden.

Mit 318 gegen 236 Stimmen bei einer Enthaltung wurde der Übergang zur Tagesordnung beschlossen. Damit sind sämtliche Mißtrauensanträge abgelehnt und die Regierung Brüning hat nun für längere Zeit Arbeitsmöglichkeit erhalten. Über den Zeitpunkt der nächsten Sitzung gab es noch eine lange Geschäftsordnungsdebatte und wider allem Erwarten wurde ein Antrag der Deutschnationalen und Nationalsozialisten angenommen, nach Witternacht eine neue Nachsitzung zur endgültigen Annahme des Amnestiegesetzes abzuhalten.

Schweigens war gebrochen, und man verfolgte wie ein ganz unbefangener, vom Wissen unbefangener Zuschauer mit größter Spannung die Ereignisse, die wesentlich menschliche Lösung die, da Wagner selbst ein wenig staunend am Ende seines Götterdramas herbeiführt. Selbstverständlich gab es auch Augenblicke, wo die fluge Regie (Dr. Hans Waag) die Garantie für einen solchen Durchstoß bis zu den Regionen des Wesentlichsten nicht völlig zu leisten vermochte. Von dem wirklich peinlichen Moment einer bengalischen Anstrahlung der Reiche Siegfrieds, bei dem übrigens ein merklicher Ruck durch das ganze Haus ging, wollen wir schweigen, dafür aber sagen, daß nur das ganze Anfangsbild des dritten Aktes — alles andere als ein typisch rheinisches Gesche — ebenso unpoetisch und sinnwidrig dünkt wie jener sonderbare Rheinnach, der plötzlich vor- und rückwärts fahren kann. Der „Trauen“ — nicht wie neulich hier fälschlich gedruckt „Kanten“ — Platanie Torrens Gedächtnis müßte es doch ein leichtes sein, derlei Halbrealitäten zu meiden und auch das tatsächliche Nichtvorhandensein Ganes immerhin so geschickt zu verbergen, daß die theatralische Konsequenz keineswegs einfach lächerlich ist. Er hat doch andererseits schon die wahre Resultante seiner Bemühung um Wagner z. B. in der neuen Bühnengestaltung gezogen, und er hat auch sonst einen dekorativen Rahmen geschaffen, der die Enthüllung der wirklichen Vorgänge fern dem früheren Gerumtappen eines Ahnungslosen klar und überzeugend herausstellt.

Freilich, deutlicher noch als durch alles Hintergründige geschah dies durch die Musik, ja bezüglich der vokal und instrumentalen Klangverteilung darf man eigentlich der Interpretation durch Generalmusikdirektor Josef Krips das Beste nachsagen: Sie wurde der inneren Absicht des Autors voll auf gerecht und zur durchleuchteten Parallele, zum deutenden Spiegelbild der Handlung. Dabei wurde nicht bloß von unserem herrlichen Orchester in sauberer, strenger Arbeit Großes bewältigt, auch die solistische Qualität verdiente sich durchgehend hohe Anerkennung. Theo Straß sollte als jungmännlicher, gradliniger Siegfried aus sich heraus, was er nur konnte. Ebenso war diesmal die Wägnhilde von Fine Reich-Dörich viel gelöst und lebendiger und nach dem graulichen Erwachen aus ihrem Wundstirne bis zur metaphysischen Folterheit des Finales sich gläubhaft steigend. Adolf

In der Sitzung, die 5 Minuten nach Mitternacht begann, meldete sich niemand zum Wort. In der namentlichen Abstimmung wurde dieses Gesetz mit 395 Stimmen gegen 147 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit war die zur Annahme des Amnestiegesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Von der Rechten wurde das Ergebnis mit lautem Beifall aufgenommen. Gegen die Vorlage haben nur die Sozialdemokraten geschlossen gestimmt. Durch die Annahme dieser Vorlage werden auch die sog. Fememörder amnestiert, soweit die Tat vor dem 1. September 1924 begangen wurde und sich nicht gegen Regierungsmitglieder richtete.

Die nächste Sitzung des Reichstages wurde darauf auf den 3. Dezember anberaumt.

Die Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Werte aufgehoben

Die Reichsregierung hat nunmehr die seit geraumer Zeit fällige Verordnung über die Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren erlassen. Der Reichsrat und der Überwachungs-ausschuss des alten Reichstages hatten der Verordnung bereits zugestimmt. Die nunmehr amtlich verkündete Verordnung trägt das Datum vom 16. Oktober. Sie bestimmt, daß der Steuerabzug vom Kapitalertrag für die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren und aus Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-gesellschaft aufgehoben wird. Festverzinsliche Wertpapiere im Sinne der Verordnung sind Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen, und Anleihen, über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind. Die Verordnung gilt erstmals für die Zinsföhrung, die nach dem 2. Januar 1931 fällig werden.

Neun Millionen Sklarek-Verlust der Berliner Stadtbank. Der Geschäftsbericht der Berliner Stadtbank ist der „D.Z.“ zufolge dem Magistrat zugeleitet worden. Der Umsatz im letzten Geschäftsjahr ist um 2,2 Milliarden auf 25,86 Milliarden Reichsmark gestiegen. Die Verluste, die das Institut durch den Sklarek-Standal erlitten hat, werden bei einer Kontursquote von 10 Proz. 9 Millionen RM betragen. Von diesen 9 Millionen hofft die Stadtbank aus ihren Reserven 2 Millionen decken zu können. Die übrigen 7 Millionen müßten von der Berliner Stadthauptkasse getragen werden.

30 Schiffe verbrannt

W.D. New York, 20. Okt. (Tel.) Nach einer Meldung aus Kanton brach in Wufschau in einem Restaurant, das sich auf einem Schiffe befindet, ein Brand aus, der rasch auf andere Schiffe übergrang. 30 chinesische Schiffe wurden zerstört. Hunderte von Chinesen sprangen von den brennenden Fahrzeugen ins Wasser. Ein Teil von ihnen erreichte schwimmend das Ufer, die anderen wurden von Helfern aus dem Wasser geborgen. Von den Verstorbenen, die sich an Bord des Schiffes befanden hatten, werden 40 vermisst. Man glaubt, daß sie entweder verbrannt oder ertrunken sind.

Kleine Chronik

Auf der 8 Kilometer langen Versuchsstrecke bei Burgwedel (Hannover), wurden am Samstag Schnellfahrversuche mit einem neuen Propeller-Triebwagenmodell vorgeführt, die außerordentlich günstig verliefen. Es wurde eine Stundengeschwindigkeit von 150 Kilometern erreicht.

Bei Striegau (Schlesien) wurde ein Raubüberfall auf einen Postzug verübt. Die beiden maskierten Räuber erbeuteten 9500 RM in bar und entamen unerkannt.

In Wahrenburg (bei Stendal) wurde der 43jährige arbeitslose Otto Borchert vor seiner Wohnung mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Der ältere Sohn stand, den Vater erschossen zu haben, da er die Mutter und die sieben Kinder in betrunkenem Zustand dauernd bedroht und drangsalieren habe. Borchert war als Alkoholiker und gewalttätiger Mensch bekannt, während die beiden Söhne als fleißige Arbeiter gelten.

Bei einem Straßenbahnunglück in der Nähe Wiens wurden 12 Personen schwer und 8 leicht verletzt.

Aus Tartagona (Spanien) werden große Überschwemmungsschäden gemeldet.

Durch das plötzliche Reißen einer Hochspannungsleitung ereignete sich heute (Montag) am Staube bei Hengstey (Westfalen) ein schweres Unglück. Die 24jährige Lehrerin Eversberg befand sich gerade während eines Schulausfluges mit einer Klasse der Hagener Volksschule auf dem Wege zum Insel-Caféhaus, als die Drähte zur Erde fielen. Die Lehrerin und ein jähriges Mädchen wurden durch den elektrischen Strom sofort getötet. Eine weitere Schülerin mußte mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden, zwei Mädchen erlitten leichtere Verwundungen.

Schöpsflin stellte seine Hagen als wohl rundeste Gestalt des Abends hin. Die Not der jungen Frau Cunitra kam durch Emmy Seiberlich zu nicht minder ergreifendem Ausdruck wie die Angst Gunthers sehr distret und zurückhaltend durch Garfen Derner. Auch für das drohende Schicksal, das Elise Grünwald-Schertel als Waltraute kündete, brachte man den vollen Glauben auf und leistete ihr willig Gefolgschaft, als sie sowohl bei den Vornen (Ulriede Haberton und Malie Franz) mitlang oder mit Elise Blank und Ellen Winter sich zum Rheintöchterzeit zusammenfand. Neben Karlheins Wäfers Alldrich war es noch eine besondere Freude, die frischen Mannenhöhre zu hören, aus deren Mitte wenigstens Josef Gröninger genannt sei.

Das Publikum ging begeistert mit und Haitsche die Hauptdarsteller immer wieder vor den Vorhang. Möge dieser lebhaft Dank ihnen allen ein Ansporn sein, wo es nötig ist, sich noch stärker aus den Begrenzungen von heute herauszufinden und sich den echten Stil des Werkes zurückzugewinnen. Dann steht zweifellos — wir haben das schon einmal schreiben können — einem Wiederaufrollen des Falles Wagner hier, und zwar in sehr einläßlicher Form nichts mehr im Wege.

Hermann Erig Bufe hat, wie aus Freiburg gemeldet wird, den Karl-Schünemann-Preis 1930 erhalten. Diese Auszeichnung, die durch die Niederdeutsche Schriftstellervereinigung Koggel erfolgt, ist um so bemerkenswerter, als damit erstmals ein alemannischer Dichter für einen bodenständigen alemannischen Roman einen niederdeutschen Dichtpreis erhält.

Preispreis 1930. Der für dieses Jahr bestellte Vertrauensmann der Meiß-Stiftung, Dr. Ernst Heilborn, hat den Preis in Höhe von 1500 RM ungeteilt Reinhard Goering für sein Schauspiel „Die Südpolexpedition des Kapitäns Scott“ zuerkannt.

Eine Stenden-Gedächtnisfeier in Berlin. Im Reichstagsgebäude fand am Sonntag eine Stenden-Gedächtnisfeier statt, der General von Hammerstein, Chef der Seeresleitung, ferner Vertreter des Auswärtigen Amtes und Reichsaussenministers, sowie der amerikanischen Botschaft beiwohnten.

Badischer Teil

Badischer Handwerkskammertag

Am 10. Oktober fand in Rehl eine Sitzung des Vorstandes des Badischen Handwerkskammertages statt, an der als Vertreter des Badischen Landesgewerbeamtes Direktor Oberregierungsrat Bucorius teilnahm. Über den Wortlaut der „Vorschläge über die öffentliche Anstellung und Beerdigung von Sachverständigen durch die Handwerkskammern“ und der Vorschläge für die Tätigkeit der Sachverständigen der Handwerkskammern, die den Vollversammlungen der vier badischen Handwerkskammern und sodann dem Minister des Innern zur Beschlussfassung bzw. Genehmigung vorgelegt werden, wurde eine Einigung erzielt. Die Frage der Eintragung von Gast- und Schankwirtschaften mit Nebenerwerb in die Handwerksrolle, wird durch Verhandlungen mit dem Badischen Gastwirteverband geregelt werden. Auch in der Frage der Eintragung von Handwerksbetrieben ins Handelsregister werden die erforderlichen Schritte unternommen werden. Über die Höhe der von den Bezirksämtern in Verwaltungsangelegenheiten angelegten Gebühren und Sporeten wird in den Kreisen des Handwerks lebhaft Klage geführt. Der Kammertag wird deshalb beauftragt, beim Ministerium des Innern vorstellig zu werden. Die zur Anerkennung des Glas- und Gebäudereinigergewerbes als Handwerk erforderlichen Maßnahmen wurden gutgeheißen. Als Ergebnis einer eingehenden Aussprache über die Vorzüge und die Gefahren der Bau- und Zweipartien wurde den Kammern empfohlen, alle Vorgänge auf diesem Gebiete mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. In der Frage der Schaffung von Lehrlingsordnungen für einzelne Handwerkszweige wurde, um eine Vielfalt von Lehrlingsordnungen und damit eine Erleichterung der Verwaltungstätigkeit der Behörden und Kammern zu vermeiden, beschlossen, eine Musterlehrlingsordnung aufzustellen. Den von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gestellten Anträgen auf Einschränkung der Lehrlingsordnung soll durch Abänderung der Bestimmungen der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens Rechnung getragen werden. Die Wiederholung einer mit Erfolg abgelegten Meisterprüfung vor der Meisterprüfungskommission einer anderen Handwerkskammer wurde als gesetzlich unzulässig bezeichnet.

Zur Frage der Reichsverbandsordnung, für deren Abänderung vom Reichsverband des Deutschen Handwerks zur Zeit Erhebungen veranfaßt werden, wurden Anträge auf Abänderung nicht vorgebracht, dagegen die Handhabung der Bestimmungen, insbesondere bei der Zuschlagserteilung, einer scharfen Kritik unterzogen. Es müsse gefordert werden, daß die vergebenen Stellen die Berufsvertretungen des Handwerks bei der Vergabe von Arbeiten in stärkerem Maße zur Mitwirkung heranziehen und von dem Grundsatze, dem Willigsten den Zuschlag zu erteilen, abgehen. Durch die Neuordnung des kleinen Grenzverkehrs wird das badische Handwerk an der Schweizer und französischen Grenze schwer geschädigt. Der Reichsverband des Deutschen Handwerks, dem auch aus anderen Teilen des Reichs Beschwerden zugegangen sind, wird ersucht werden, in dieser Sache auf Abhilfe zu dringen. Die Schaffung eines gesetzlichen Schutzes für die Berufsbezeichnung „Architekt“ wurde nicht gutgeheißen.

Aus den Parteien

Der Demokratische Landesverband Baden und die Staatspartei. Der am Sonntag in Offenburg zu einer Tagung zusammengetretene Landesverband Baden der Deutschen Demokratischen Partei faßte nach einem eingehenden Referat des Parteivorstandes, Fabrikanten Freudenberg, Weinheim, einstimmig eine Entschließung, worin die Überführung der badischen Demokratischen Partei in die Deutsche Staatspartei beschlossen wurde. Bestimmt wurde lediglich, daß für die Gemeindevahlen, wo es die örtlichen Bedürfnisse notwendig erscheinen lassen, der Bezeichnung Deutsche Staatspartei der Untertitel Demokratische Partei beigelegt werde. Für den Parteitag nach Dresden wurden 15 Delegierte ernannt, die die gefasste Resolution betreffs Überführung der badischen Demokratischen Partei in die Deutsche Staatspartei zum Ausdruck bringen sollen und ferner darauf hinzuwirken hätten, daß Amt der Parteiführung nicht auf bereits politisch sonst stark in Anspruch genommene Schultern gelegt würden, und daß Abgeordnete nicht ein übermaß von Ausschüßstellen innehaben dürfen, wodurch eine Verquickung von Politik und Geschäft entstehen würde. Dem Reichsfinanzminister Dietrich wurde für seine Tätigkeit als Finanzminister der Dank und das Vertrauen für die Zukunft einstimmig zum Ausdruck gebracht.

Einheitsliste in Adelsheim. Unter Leitung des Gewerbevereins sind sich in Adelsheim die Vertreter der örtlichen Parteien und Wirtschaftsgruppen dahin schlüssig geworden, für die Gemeindevahlen eine Einheitsliste aufzustellen.

Bürgerliche Sammlung in Bruchsal. Die Bemühungen der Mittelparteien für die kommende Gemeindevahl in Bruchsal, eine bürgerliche Sammelliste zustandezubringen, sind gescheitert. Dagegen hofft man für die Bezirks- und Kreiswahlen eine gemeinsame Liste zustandezubringen.

Aus der badischen Industrie

Die Erwerbslosigkeit in Mannheim. In den letzten 14 Tagen ist in Mannheim die Zahl der Erwerbslosen im Mannheimer Bezirk um weitere 1000 auf insgesamt 30 200 gestiegen. Davon erhalten rund 15 000 Unterstützung. Auch die Zahl der arbeitsuchenden Angestellten hat sich erhöht und beträgt 4357.

Die Schnellpressenfabrik Heidelberg kann auf ein 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Der Gründer war der Glöckner Andreas Hamm, aus dessen Werk u. a. die Kaiser-glocke des Kölner Domes hervorging.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Gaggenau haben sich durch neuerliche Entlassungen bei Daimler-Benz wieder so verschlechtert, daß hier zur Zeit gegen 400 Arbeitslose und 65 Ausgesteuerte gezählt werden.

Tagungen

Die Badische Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung e. V. (Sitz Karlsruhe) wird am 25. und 26. Oktober d. J. in der Aula der Handelshochschule Mannheim eine bedeutende wissenschaftliche Tagung abhalten. Diese soll zugleich den Charakter einer Erinnerungsfeier an die vor 150 Jahren erfolgte Gründung der Societas Meteorologica Palatina in Mannheim tragen. Der Vorsitzende, Dr. A. Koppeler, Karlsruhe, ordentlicher Honorarprofessor der Meteorologie und Direktor der Badischen Landeswetterwarte sowie des Meteorologischen Instituts der Technischen Hochschule, hat den Festvortrag übernommen und sich als Thema gestellt: Die Entwicklung der meteorologischen Beobachtungen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Daran reihen sich weitere interessante Vorträge aus dem Bereich dieses hochwichtigen Wissensgebietes. U. a. wird Dr. A. Benfendorff (Berlin), Regierungsrat und Referent im Reichsverkehrsministerium, über die wissenschaftliche Bedeutung des Flugwetterdienstes sprechen, also über ein für

die Entwicklung des Luftfahrtwesens ganz besonders aktuelles Thema. Zu der Tagung werden auch namhafte außerbadische Gelehrte erwartet.

Bürgermeisterwahl in Sinsheim. Am Sonntag 20. Okt. wird in Sinsheim der neue Bürgermeister gewählt. In enger Wahl stehen Bürgermeister Herr, Schonach, Syndikus Dr. Dietrich, Mannheim, Stadtbaumeister Müller, Schopfheim, Oberrevisor Kahl, Bruchsal, und Dr. Wies, Heidelberg.

Die Bürgermeisterwahl in Billingen. Der Stadtrat Billingen hat beschlossen, die Wahl des Bürgermeisters erst nach den Gemeindevahlen vorzunehmen. Diese Entscheidung wird damit begründet, daß der Bürgermeister mit dem neugewählten Bürgerausschuß zusammenarbeiten müsse und dieser auch Gelegenheit haben müsse, die Entscheidung zu treffen, mit wem er zusammenarbeiten wolle.

Aus der Landeshauptstadt

40-jähriges Dienstjubiläum. Oberregierungsrat Bauer, Mitglied des Badischen Landtags, konnte in diesen Tagen sein 40-jähriges Dienstjubiläum feiern. Er begann als Leutnant im Inf.-Regt. 114 die Offizierslaufbahn. Als Major und Bataillonskommandeur im Inf.-Regt. Nr. 70 (Saarbrücken) zog er ins Feld und wurde gleich zu Anfang des Krieges schwer verwundet. 1916 übernahm Oberregierungsrat Bauer ein Referat im Kriegsministerium, 1917 wurde er Kommandeur der Karlsruher Kadettenschule, um nach deren Auflösung zur Versorgungsbehörde überzugehen. Seit 1922 ist Herr Bauer Oberregierungsrat beim Hauptversorgungsamt in Karlsruhe. Von seinen der Beamtenjahre die auch vom Landesverband Baden der Deutschen Volkspartei wurden ihm die herzlichsten Glückwünsche zuteil.

Die Siedlung der Schaffer-Gilde endgültig genehmigt. Die Rekurse der Gemeinde Neuschneut und der Stadt Karlsruhe gegen die Siedlung der Schaffer-Gilde auf dem früheren Neuschneuter Exerzierplatz wurden vom Ministerium des Innern am 11. Oktober 1930 als unbegründet kostenfällig zurückgewiesen.

Das Winterprogramm der Handelshochschule und Beamtenkurse der Verwaltungsakademie bringt diesmal eine ansehnliche Reihe von Vorträgen, aus deren Auswahl hervorgeht, daß das Kuratorium mit Erfolg bemüht hat, den aufwärts strebenden Menschen aus dem Handelsstand sowohl, als aus dem Stand der Reichs-, Staats- und Gemeindevaleuten die Anregung und Belehrung zu bringen, welche geeignet ist, sie in ihrem Berufe und namentlich auch in allgemein menschlicher Hinsicht zu fördern. Besonders mit Rücksicht auf die Beamten vorgezogen — aber auch von gleichem Interesse für die Kaufleute — ist der Kurs über Allgemeine Staatslehre, welcher von dem Oberstudienrat der Verwaltungsakademie Baden, Professor Jellinek, übernommen worden ist. Senatspräsident Revis stellt den allgemeinen Teil des Bürgerlichen Rechts fort und geht dann zum Schuldrecht über. Professor Reiche liest über Finanzwirtschaft und Handelsbuchführung. An Vorträgen sind Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft wieder vorgesehen. Der Allgemeinbildung dienen die Halbjahreskurse von Professor Dreuss über Friedrich Nietzsche, Gymnasialdirektor Marx über Griechische Literatur, Gymnasialdirektor Ott über englische Verhältnisse in englischer Sprache, und Professor Germer (Heidelberg), über ein noch zu bestimmendes Thema in französischer Sprache.

„Politik“ auf der Straße. In der Nacht zum Montag wurden in der östlichen Kaiserstraße zwei Passanten von jungen Kommunisten, die in ihnen Nationalsozialisten vermuteten, angegriffen. In der gleichen Nacht wurde ein junger Hilfsarbeiter auf dem Schloßplatz von Nationalsozialisten mißhandelt. — In Durlach kam es Sonntag abend zwischen einem Hilfsarbeiter und einem Nationalsozialisten zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Nationalsozialist seinem Gegner einen Stich ins Gesicht beibrachte. Der mutmaßliche Täter wurde festgenommen.

Schwerer Verkehrsunfall. Samstag nachmittag fuhr in der Kaiserstraße im Vorort Müppurr ein in Richtung Karlsruhe fahrender Motorradfahrer mit einem elf Jahre alten Jungen auf dem Sozius auf einen Radfahrer auf. Während der Motorradfahrer heil aus dem Unfall hervorging, erlitt der mitfahrende Junge eine Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch. Er mußte lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Radfahrer kam mit einer Quetschung des linken Fußes davon.

Kurze Nachrichten aus Baden

Graf Zeppelin landet in Mannheim

DJ. Mannheim, 20. Okt. Bei strahlendem Herbstwetter hat Sonntag nachmittag zum ersten Male das Luftschiff „Graf Zeppelin“ in unserer Stadt eine Landung vollzogen. Schon in den frühen Morgenstunden setzte die Völkerwunderung nach dem Flughafen in Neu-Ortheim ein. Kurz vor 2 Uhr tauchten die Umrisse des „Grafen“ im Nebel auf. Das Luftschiff überflog die Stadt und nahm gegen 1/3 Uhr die Landung vor. Die notwendigen Manöver wurden von der Schutzpolizei unter Leitung eines Friedrichshafener Jagdmannes bewerkstelligt. Schon nach wenigen Minuten lag das Schiff an den Halteplätzen, während die begeisterte Menge in Jubelrufe ausbrach.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich begrüßte Führer und Besatzung. Sein Töchterchen überreichte Kapitän Lehmann einen Blumenstrauß. Zu Ehren der Flieger brachte das Publikum ein dreifaches Hoch auf den Zeppelin aus, dem das Deutschlandlied folgte. Nach etwa einstündigem Aufenthalt startete „Graf Zeppelin“ zum Rückflug nach Friedrichshafen. Gleichzeitig mit der Ankunft des Luftschiffes fleg der Freiballon „Mannheim“ unter Führung von Direktor Schneider mit drei Passagieren an Bord zu einem Huldigungsfahrt auf.

Der geplante Hollandflug des „Graf Zeppelin“ war Samstag abend wegen Nebels abgefragt worden, so daß das Schiff Sonntag früh 7.57 Uhr direkt nach Mannheim startete. Der Zeppelin überflog St. Blasien, Horb (Württ.), Friedrichshafen und Friedrichsfeld. An Bord befand sich als Vertreter der badischen Regierung Landeskommissar Scheffelsmeier, ferner Erster Bürgermeister Dr. Balli und Frau Handelskammerpräsident Lenel. Die Fahrt von Friedrichshafen nach hier war nach Mitteilung der Leitung sehr erschwert durch dichten Nebel, der sich aber glücklicherweise gegen mittag so gelichtet hatte, daß das herrliche Schiff in strahlender Schönheit sich den Augen der jubelnden Zuschauer zeigte.

Waagen aller Art
liefert:
FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
Stuttgart-Cannstatt 3

DJ. Mannheim, 20. Okt. Der Personendampferverkehr auf dem Rhein wurde nach einer Mitteilung der Köln-Düsseldorfer Rheinschiffahrtsgesellschaft mit letztem am Sonntag, den 19. Oktober, durchgeführten Fahrten eingestellt.

hd. Heidelberg, 19. Okt. Am Freitagabend verstarb hier Universitätsprofessor a. D. Dr. Rudolf Henning. Der Verstorbene hatte nach seiner Ausweisung aus dem Esch, wo er an der Straßburger Universität Lehrer für alte Philologie war, im Jahre 1919 seinen Wohnsitz in Heidelberg genommen. Henning war Herausgeber der Acta Germanica.

DJ. Ettlingen, 20. Okt. Der Seniorchef der Papiergroßhandlung G. Schneider & Söhne G. m. b. H., Ettlingen, ist gestern im Alter von 74 Jahren nach schwerem Leiden gestorben.

DJ. Mörsh (bei Ettlingen), 20. Okt. Auf der Landstraße Mörsh fuhr der verheiratete August Müller aus Durmersheim, wohnhaft in Doglanden, mit seinem Motorrad auf ein Pferdewerkzeug derart unglücklich, daß er abstürzte und sofort tot war.

DJ. Konstanz, 20. Okt. Sonntag früh starb hier im Alter von 41 Jahren Redakteur Emil Beha. Er war ungefähr 20 Jahre im Redaktionsverband der „Konstanzer Nachrichten“ (heute „Deutsche Bodenseezeitung“) und während der letzten 10 Jahre als Lokalredakteur tätig. Beha stammte aus Unterbränd im Schwarzwald.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Oktober		18. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.89	169.23	169.07	169.41
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.33	112.55
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.99	22.03
London . . . 1 Pf.	20.382	20.422	20.407	20.447
New York . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.2005	4.2085
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.497	16.465	16.505
Schweiz . . 100 Fr.	81.40	81.56	81.56	81.72
Wien 100 Schilling	59.165	59.285	59.255	59.375
Brag . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.461	12.481

Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche um 0,3 Proz. auf 120,0 gefallen.

Die Verluste der Wohnungsbau-Gesellschaft Heidelberg. Im Amtsgericht Heidelberg fand am Samstagmittag die erste, stark besuchte Gläubigerversammlung der in Konkurs geratenen Wohnungsbau-Gesellschaft statt, deren Gesamtverlust auf mindestens 2,6 Millionen Reichsmark beziffert wird. Die armen Schuldschwestern in Speyer erleiden einen Verlust von rund 2 Millionen Reichsmark. Die Gesellschaft hat allein bei einer holländischen Schwindelfirma 654 000 RM verloren, der das Geld von Rechtsanwalt Ludwig Müller zu Spekulationszwecken überwiesen worden war. Bei einer von Heidelberg aus gegründeten Produktions- und Automatenverkaufsgesellschaft in Berlin, über die inzwischen gleichfalls der Konkurs verhängt wurde, betragen die Verluste 100 000 RM.

Die Firma Unterberg & Helmle, Fabrik magnetoelektrischer Zündapparate, Karlsruhe, welche ihre Zahlungen eingestellt hat, besteht seit 1902 und hat in normalen Zeiten 800 bis 400, im letzten Jahre sogar annähernd 700 Leute beschäftigt. Durch mangelhafte Lieferung von Fabrikationsteilen einer auswärtigen Fabrik sind der Firma große Verluste entstanden, so daß sie in Schwierigkeiten gekommen ist. Verschärft wurden die Verhältnisse natürlich durch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage. Durch Beschluß des Amtsgerichts ist nunmehr das Vergleichsverfahren eingeleitet worden. Die Quote, welche den Gläubigern geboten werden kann, wird von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängen. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen alsbald zu einem angemessenen Ergebnis führen werden.

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. Oktober 1930 im Lande Baden verzeichnet:

Raub- und Klauenseuche:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim
Laubersbichsheim	Großrinderfeld
Weinheim	Weinheim, Hemsbach

Schweinepeste und Schweinepest:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Eulzfeld
Bruchsal	Helmheim,
Karlsruhe	Söllingen
Lahr	Schuttertal
Mannheim	Mannheim, Mannheim-Heidenheim, Mannheim-Wallstadt, Edingen, Ilbesheim, Neckarhausen, Blankstadt, Schriesheim, Schwetzingen, Seddenheim

Räude der Einhufer:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mehrfach	Kohlbach
Pforzheim	Bauschlott
Sinsheim	Waldstadt, Neidenstein
Weinheim	Weinheim, Heddesheim, Hemsbach, Rühlshausen

Räude der Einhufer:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Kirchbach
Waldshut	Deppeln, Mettenberg, Untermettingen
Weinheim	Weinheim

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Kreissschulrat Friedrich Seebler beim Kreissschulamt Billingen zum Kreisoberschulrat daselbst; Hilfschulhauptlehrer Ernst Weigert und Hauptlehrer Oskar Mor in Mannheim zu Nektoren daselbst.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Direktor Heinrich Dürr an der Lehrerschule in Karlsruhe; Professor Eugen Buch am Gymnasium in Donaueschingen; Handarbeitslehrerin Anna Weiser in Bruchsal.

Zurruhegezielt:

Hauptlehrer Heinrich Polz in Karlsruhe bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Gestorben:

Professor Hugo Drös am Realgymnasium I in Mannheim.

EINLADUNG

zur ordentlichen Generalversammlung
Mittwoch, den 22. Okt. 1930, abends 8 Uhr, im Klapphorn.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats. 2. Genehmigung der Bilanz. 3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats. 4. Neuwahl des Vorstands. 5. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat. 6. Vertragsabschlüsse über die Durchführung und Finanzierung der Siedlung. 7. Ausschluß von Mitgliedern. 8. Sonstiges. R. 658. Die Bilanz liegt vom 16. ds. an in unserer Geschäftsstelle Rammtstr. Nr. 11 zur Einsicht durch die Genossen offen.
Der Vorstand:
Schäfer-Gilde e. G. m. b. H.
gez. J. B. Specht, gez. Mauritius.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, den 16. Dezember 1930, vorm. 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stod, Zimmer 10, zwecks Aufhebung der Gemeinschaft die Grundstücke der
1. Maria Theresia Weber in Weiertheim,
2. August Weber in Weiertheim,
3. Karl Weber in Weiertheim,
— Miteigentum je 1/2 —, auf Gemarkung Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 11. September 1930 im Grundbuch bemerkt. Die Radweisungen über die Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 11. September 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösvorteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschreibung:

- Grundbuch von Karlsruhe Band 7 Heft 27 B.
1. Lsg. Nr. 9582: 3 a 04 qm Hofreite im Ortsetter, Breite Straße 103.
Auf der Hofreite steht:
a) ein einstöckiges Wohnhaus;
b) ein Schweinefall;
c) ein an angebauter Schopf.
Hierher gehört: Die Hofreite zur Hälfte, vom Wohnhaus die vordere Hälfte mit der Hälfte Keller unter der hinteren Hälfte des Wohnhauses, sowie der Schweinefall.
Geschätzter Verkehrswert: 4000 RM, und mit Zubehör: 4009 RM.
2. Lsg. Nr. 9580: im Ortsetter, Breite Straße 101 (hinter 103):
Hofreite: 1 a 82 qm, Hausgarten: 2 a 92 qm.
Geschätzter Verkehrswert: 4000 RM, und mit Zubehör: 4006 RM.
3. Lsg. Nr. 9583: im Ortsetter, Breite Straße 101:
Hofreite: 6 a 79 qm, Hausgarten: 2 a 67 qm.

Auf der Hofreite steht:

- a. ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkeneller und Bäckerei;
b) einstöckige Schweinefälle, hinten links an angebaut;
c) ein einstöckiges Hintergebäude, rechts Wohnungen mit Balkeneller;
d) eine einstöckige Scheuer und Stall, quer hinter c.
Geschätzter Verkehrswert: 8000 RM, und mit Zubehör: 8006 RM.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1930.

Not. Rotariat IV als Vollstreckungsgericht

Die Ziehung der Auslosungsliste der Anleiheablosungsschuld der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1930.

Bei der heutigen Ziehung der Auslosungsrechte der Anleiheablosungsschuld der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1930 wurden gezogen:

- Lit. AA zu 500 RM: 2, 23, 64, 88, 173, 177, 181, 196, 303, 337, 345, 349, 419, 432, 433, 451, 518, 534, 540, 565.
Lit. A zu 100 RM: 15, 47, 49, 138, 152, 153, 200, 202, 224, 241, 242, 337, 348, 361, 389, 396, 417, 433, 438, 464, 514, 527, 615, 637, 663, 668, 690, 700, 710, 739, 803, 825, 829, 851, 871, 877, 881, 889, 894, 952, 1075, 1157, 1322, 1349, 1379, 1419, 1427, 1473, 1553, 1626, 1645, 1671, 1693, 1712, 1782, 1823, 1826, 1831, 1849, 1851, 1866, 1879, 1939, 1946, 1979, 1995, 2000, 2008, 2036, 2039, 2103, 2111, 2145.
Lit. B zu 50 RM: 63, 76, 116, 143, 149, 152, 171, 229, 324, 562, 584, 609, 682, 695, 703, 720, 721, 732, 808, 900, 916, 936, 952, 968, 1054, 1057, 1082, 1116, 1120, 1163, 1189, 1206, 1207, 1240, 1264, 1270, 1287, 1308, 1310, 1329, 1384, 1391, 1409, 1421, 1425, 1448, 1479, 1516, 1587, 1599, 1605, 1608, 1616, 1620, 1623, 1629, 1754, 1758, 1766, 1834, 1848, 1853, 1884, 1901, 1941, 1962.
Lit. C zu 25 RM: 16, 73, 76, 141, 145, 194, 221, 248, 316, 402, 403, 425, 467, 470, 473, 486, 498, 551, 557, 568, 588, 592, 619, 647, 758, 822, 875, 896, 932, 957, 960, 981, 1040, 1088, 1092, 1104, 1114, 1128, 1137, 1138, 1155, 1190, 1211, 1213, 1230, 1243, 1264, 1268, 1308, 1311, 1390, 1393, 1431, 1464, 1494, 1569, 1623, 1632, 1646, 1669, 1724, 1788, 1814, 1871, 1948, 2024, 2034, 2049, 2103, 2107, 2140, 2162, 2217, 2236, 2251, 2255, 2289, 2336, 2351, 2390, 2420.
Lit. D zu 12,50 RM: 2, 4, 5, 18, 116, 153, 155, 179, 204, 210, 225, 273, 274, 306, 334, 335, 494, 539, 559, 560, 579, 583, 638, 703, 707, 708, 713, 731, 750, 842, 892, 894, 947, 978, 998, 1012, 1054, 1094, 1145, 1154, 1197, 1200, 1205, 1277, 1319, 1374, 1377, 1385, 1407, 1413, 1483, 1491, 1558, 1575, 1590, 1627, 1637, 1647, 1689, 1696, 1796, 1820, 1851, 1885, 1911, 1959, 1986, 2027, 2033, 2099, 2102, 2133, 2134, 2142, 2155, 2204, 2236, 2308, 2364, 2368, 2515, 2605, 2658, 2662, 2680, 2693, 2721, 2724, 2729, 2744, 2750, 2766.
Bei der Einlösung werden für je 100 RM Nennwert der Auslosungsrechte bezahlt 500,— RM
dazu 5 % Zinsen für die Jahre 1926, 1927, 1928, 1929 und 1930 zusammen also 25 % 125,— RM
abzüglich 10 % Kapitalertragsteuer 12,50 RM 112,50 RM
zusammen . . . 612,50 RM

Die Besitzer der gezogenen Auslosungsscheine werden aufgefordert, die Einlösungsbeträge vom 2. Januar 1931 ab gegen Quittung sowie Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrages in Schulverschreibungen der Anleiheablosungsschuld der Stadt Karlsruhe bei der Stadtkasse Karlsruhe schriftlich oder mündlich anzufordern. Von den bei früheren Auslosungen gezogenen Stücken sind noch nicht eingelöst:

I. Aus der Ziehung vom 28. Januar 1928 für die Jahre 1926 und 1927:

- Lit. A zu 100 RM: Nr. 28, 104, 147, 808, 1231, 1493, 1836, 1952.
Lit. B zu 50 RM: Nr. 115, 571, 768, 903, 958, 988, 1224, 1248, 1642.
Lit. C zu 25 RM: Nr. 59, 622, 630, 788, 956, 1044, 1421, 1604, 1636, 1745, 2314, 2388, 2394.
Lit. D zu 12,50 RM: Nr. 290, 617, 654, 736, 1400, 1401, 1638, 1877, 2195, 2279, 2312, 2330, 2400, 2450, 2636, 2717.

II. Aus der Ziehung vom 30. Oktober 1928 für das Jahr 1928:

- Lit. A zu 100 RM: Nr. 885, 978, 1528, 1781.
Lit. B zu 50 RM: Nr. 183, 1533, 1775, 1922.
Lit. C zu 25 RM: Nr. 50, 1261, 1287, 1796, 2192, 2226, 2250, 2321.
Lit. D zu 12,50 RM: Nr. 280, 1243, 1547, 1552, 1611, 2118, 2289, 2403, 2525, 2672, 2761.

III. Aus der Ziehung vom 8. Oktober 1929 für das Jahr 1929:

- Lit. AA zu 500 RM: Nr. 116.
Lit. A zu 100 RM: Nr. 823, 1638, 1839, 1867.
Lit. B zu 50 RM: Nr. 179, 1263, 1473, 1695, 1854.
Lit. C zu 25 RM: Nr. 664, 1067, 1770, 1944, 2180.
Lit. D zu 12,50 RM: Nr. 41, 81, 407, 615, 656, 757, 1210, 1351, 1464, 1694, 1721, 2119, 2299, 2419, 2556, 2719.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1930. Der Oberbürgermeister.

D.981. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Unterberg & Helmle, offene Handelsgesellschaft, Inhaber Gustav Unterberg und Adolf Mann, Fabrikmanngesellschaft, Karlsruhe, Ritterstraße 13/17, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Heinrich Strauß in Karlsruhe, Kaiserstr. 148, bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den 14. November 1930, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 150.

Freihändiger Nadelholzverkauf.

des Badischen Forstamts Wolfach am Mittwoch, den 29. Oktober 1930, aus Staatswald 5. Hippoldsbau: 2200 Fhm. in 22 Losen, und aus Staatswald Oberwolfach-Ergenbad: 100 Fhm. in 1 Los. Losbezeichnungen durchs Forstamt. D.978

Arbeitsvergebung.

Wir vergeben die Bauarbeiten zur Verbesserung der Feldbergstraße von Barental-Hochloppfattel (Caritasheim) in 2 Losen. Zusammen rund 6600 cbm Erdabtrag, darunter 4000 cbm Fels, 5500 qm Gestein. D.979. Angebotsbordüre sind gegen Erfab der Selbstkosten beim unterzeichneten Bauamt erhältlich. Öffnung der Angebote am Mittwoch, den 29. Oktober 1930, vorm. 12 Uhr, auf dem unterzeichneten Amt. Wasser- und Straßenbauamt Bonnborf.



Dienstag, den 21. Okt. 1930 * G 5. Th.-Gem. 201—300 und 1501—1550.

Carmen

Oper von Bizet
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Hant, Grünwald-Seufert, Seiberlich, Winter, Hofpach, Rahnach, Kiefer, Böfer, Rentwig, Derner, Kleinbus.
Anfang 20. Ende 23. Preise C (1—7 RM)

Mi. 22. 10. I. Sinfoniekonzert Do. 23. 10. Die Brinjeffin und der Eintänzer. Fr. 24. 10. Die Jüdin. Sa. 25. 10. Zum erstenmal: Adobofat Patelin. Hierauf: Neuenstudiert: Der Diener zweier Herren. So. 26. 10. Nachm.: Der Waffenschmied. Abends: Falstaff. Im Nachh.: Seine Vorstellg. Mo. 27. 10. Die Nibelungen. Lu.-II. Abt.

Emailschilder aller Art 2-500 Hausnummern, Straßen- und Verkehrstafeln. Gummiempel liefert prompt und billig. Fabrikniederlage KARL DAMBACH Karlsruhe i. B., Karlstr. 33

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. A.315.

Handelsregistereintrag Abt. B, Bd. II, D.-3. 83 — Firma Delico — Joint-Venture-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden — Die seitherigen Geschäftsführer Eduard Johannes Melbirt, Katharina Subertina Gaasendamm und Dr. Cornelius Holzach haben ihr Amt niedergelegt. Kaufmann Gottlob Dieterle in Baden-Baden ist zum Geschäftsführer bestellt. Baden, 1. Okt. 1930. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Bruchsal. D.963.

Handelsregistereintrag B Band II D.-3. 19: Vereinigte Eisenbahn-Signalwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, Zweigniederlassung Bruchsal. Die Procura des Karl Stahmer ist erloschen. Bruchsal, 10. Okt. 1930. Amtsgericht I.

Heidelberg. A.314.

Handelsregister Abt. A Band III D.-3. 226 zur Firma Martin Körner in Heidelberg: Den Kaufleuten Heinrich Körner und Karl Körner, beide in Heidelberg, ist Einzelprocura erteilt. Abt. B Band IV D.-3. 55 zur Firma G. Guttschick & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Durch Geschäftsbeschluss vom 8. Oktober 1930 ist der Gesellschaftsvertrag geändert. 7. Oktober 1930. Band IV D.-3. 106 zur Firma Feuerungsanlagen

Altiengesellschaft Heidelberg in Heidelberg:

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von wärmewirtschaftlichen Erzeugnissen sowie der Vertrieb von Fabrikations- u. Handelsgeräten jeglicher Art. Grundkapital 100 000 Reichsmark. Der Gesellschaftsvertrag ist festgestellt am 19. Dezember 1922 u. geändert durch die Generalversammlungsbeschlüsse vom 2. März 1923, 20. November 1924, 30. Mai 1925, 8. Oktober 1926, 11. Juli 1928 und 5. August 1930. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch einen Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Vorstand ist David Litwin, Direktor in Berlin. Stellvertreter ist Wilhelm Weißgerber, Direktor in Heidelberg. Prokuristen sind Karl Prantner in Berlin und Frau Bella Charnag geb. Pfeffer in Berlin-Wilmersdorf. Ein jeder von ihnen vertritt die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen. Sitz der Gesellschaft war seither Berlin. D.-3. 107. Firma Werkstoff Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Der Handel mit Werkzeugen aller Art, insbesondere Walzwerkzeugen, Baustoffen, Brennstoffen und den bei ihrer Herstellungs gewonnenen Nebenprodukten. 2. Der Handel mit allen Rohmaterialien, die für die vorbezeichneten Erzeugnisse oder ihre Verwertung bei der Gesellschaft oder Dritten erforderlich sind. 3. Ausübung von Vertretungen für Werke, Verbände oder Handelsunternehmungen, die sich mit der Erzeugung oder dem Vertrieb solcher Produkte befassen. Stammkapital: 30 000 RM. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. September 1930 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so erfolgt die Vertretung u. Zeichnung entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder durch zwei Prokuristen gemeinschaftlich. Geschäftsführer ist Wilhelm Buddenhiel, Kaufmann in Heidelberg. Bekanntmachungen erfolgen in Deutschen Reichsanzeiger. Die im Handelsregister Abt. A Band V D.-3. 318 eingetragene Firma Berta Peter in Heidelberg. Inhaber Gattin Adolf Peter Ehefrau, Berta geb. Wolf, soll gemäß § 31 Abs. 2 HGB, § 141 HGB. von Amts wegen gelöscht werden. Es werden deshalb der Inhaber der Firma oder seine Rechtsnachfolger hierdurch aufgefordert, einen etwaigen Widerspruch gegen die Löschung binnen drei Monaten bei dem unterzeichneten Gericht geltend zu machen, widrigenfalls die Löschung erfolgen wird.

Abt. A Band VI D.-3. 247. Firma Adolf Goldschmidt in Heidelberg.

Inhaber ist Kaufmann Adolf Goldschmidt daselbst. Abt. B Band IV D.-3. 87 zur Firma Alfred Goldschmidt Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Durch Geschäftsbeschluss vom 8. Oktober 1930 ist die Gesellschaft aufgelöst. Bücherrevisor Hermann Wüchur in Speyer ist zum Liquidator bestellt. Heidelberg, 9. Okt. 1930. Amtsgericht.

Karlsruhe. D.983.

Handelsregistereinträge: 1. Schnellwaagen-Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Friedrichsplatz 1). Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb von Schnellwaagen sowie der Handel mit Waren ähnlicher und anderer Art. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsführer: Andreas Hohl, Kaufmann, Karlsruhe, Ernst Wünsch, Kaufmann, ebenda. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 13. Oktober 1930 festgestellt. Die Gesellschaft wird von einem Geschäftsführer allein oder von zwei Prokuristen gemeinsam vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 2. Fisser & v. Doornum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 16. X. 30. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. D.984.

Handelsregistereinträge: 1. Siegfried Lichtenberger, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 15. X. 30. 2. „Alo“ Betriebs-Gesellschaft für Alkoholverwertungsanlagen Schmitt & Co., Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 3. Franz Baumann, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 18. X. 30. 4. „Mortep“ Leuprecht & Co., Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Oktober 1930. Persönlich haftende Gesellschafter: Karl Leuprecht, Elektroingenieur, Ernst Sawald, Kaufmann, Hans Nehm, Montageinspektor, alle in Karlsruhe. Zur Vertretung der Gesellschaft ist der Gesellschafter Leuprecht zum Liquidator mit einem der beiden anderen Gesellschafter berechtigt. (Ingenieurbüro und mech. Werkstätte, Schützenstr. 57). 17. X. 30. 5. Friedrich Niffel, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Kaufmann Johann August Heß Ehefrau, Frieda geb. Bauer, Karlsruhe. Procura: Herta Hoff, Geschäftsführerin, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Frau Heß ausgeschlossen. 18. X. 30. Amtsgericht Karlsruhe.

Mannheim. A.311.

Handelsregistereinträge vom 27. September 1930. Kraftwerk Rheinau Altiengesellschaft, Mannheim: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 22. September 1930 erhielt der § 12 des Gesellschaftsvertrags einen Zusatz als Absatz 5 (Ausscheiden der Aufsichtsratsmitglieder). Autonomie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Friedrich Wilhelmson Wilkens in Mannheim ist Liquidator. Mannheimer Schirmfabrik Andreas Sawitz, Mannheim: Die Procura der Anna Sawitz geborene Kühn ist erloschen. Die Firma ist erloschen. Friedrich Weber jun., Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Friedrich Weber jun., Mannheim. Job. Birchofer, Mannheim: Das Geschäft samt Firma ging auf Kaufmann Alfred Birchofer in Mannheim über. Mannheim. A.318 Handelsregistereinträge vom 8. Oktober 1930. Heinrich Steigelmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 6. Oktober 1930 hinsichtlich der Firma und des Sitzes der Gesellschaft geändert. Die Firma lautet jetzt: Pfälzische Weinbetriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Neustadt a. S. verlegt. Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart Altiengesellschaft in Mannheim. Zweigniederlassung, Sitz: Heidelberg. Auf Grund des durchgeführten Beschlusses der Generalversammlung vom 12. Juni 1929 ist das Grundkapital um 5 100 000 Reichsmark erhöht und beträgt jetzt 80 100 000 RM. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die 17 000 neuen, auf je 300 RM lautenden Stammaktien werden zu 105 Proz. ausgegeben. Teppichhaus J. Schöffeter Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Die Procura des Wilhelm Geß ist erloschen. Wilhelm Peters, Mannheim. Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim. Oberkirch. D.974. Handelsregistereintrag Abt. A D.-3. 17. (Hoff) Dross, offene Handelsgesellschaft, in Oberkirch: Die Firma ist geändert in: Gottlob Egelhaaf „zur Waage“ in Oberkirch. Der Gesellschafter Paul Egelhaaf ist gestorben, die Gesellschaft aufgelöst. Das Geschäft ist nach Vereinbarung mit den Erben des verstorbenen Gesellschafters mit Aktiva und Passiva auf den bisherigen Gesellschafter Gottlob Egelhaaf übergegangen, der es als alleiniger Inhaber weiterführt. Oberkirch, 18. Okt. 1930. Bad. Amtsgericht.